

## Presseinformation: Schule in und nach der Corona Krise – Anstöße und Forderungen an die Schulen und die Politik

Die GGG Landesverband Schleswig-Holstein begrüßt, dass die Kultusministerkonferenz (KMK) am 28.4.20 zur Auffassung gekommen ist, dass es angesichts der Corona-Pandämie vor den Sommerferien kein reguläres Unterrichtsgeschehen mehr geben wird. Richtig ist auch, dass vor einer schrittweisen Öffnung der Schulen die Sicherung von Hygienestandards in den Schulen und bei der Schülerbeförderung Priorität haben sollen.

Während der Schulschließungen hat sich gezeigt, dass insbesondere Schüler\*innen, die zu Hause aus den unterschiedlichsten Gründen nicht arbeiten konnten, ins Hintertreffen geraten sind. Häufig sind dies Kinder aus sozial benachteiligten Familien, denen es auch schon bei einem regulären Schulbetrieb nur schwer möglich ist, erfolgreich zu sein. In diesem Zusammenhang halten wir es für wichtig, dass jetzt nicht nur Regelungen für Schulabschlüsse und Versetzungen in den Blick genommen werden, sondern auch Konzepte für eine gezielte pädagogische, soziale und materielle Unterstützung aller Schüler\*innen.

Dabei sind in der Übergangsphase zunächst die aktuellen Bedürfnisse der Schüler\*innen in den Mittelpunkt zu stellen. Die KMK stellt zu Recht fest, dass Schule jenseits von Unterricht einen weiteren wichtigen Auftrag als Ort des sozialen Miteinanders, der Freundschaften und des Austauschs haben, den viele Schüler\*innen im Moment vermissen. Dass in Schleswig-Holstein die Kernfächer und eine Naturwissenschaft sowie die Prüfungsfächer vorrangig unterrichtet werden sollen, wird unseren Schülerinnen und Schülern nicht gerecht.

Vor dem Hintergrund der noch sehr präsenten Phase des Homeschoolings sollten die dabei gemachten Erfahrungen noch vor den Sommerferien schulintern ausgewertet und schulübergreifend zusammengefasst werden, um daran anknüpfend Verbesserungen für digitales Lernen zu Hause und in der Schule zu entwickeln. Sinnvoll wäre es zudem, vor der schulinternen Auswertung für alle Schulen gemeinsame Auswertungsschwerpunkte zu vereinbaren.

### Worauf es jetzt ankommt:

- Die Schüler\*innen benötigen jetzt ihre **Schule** auch und besonders **als sozialen Ort**.
- **Ganzheitliche Bildung** ist gefordert. Geschaffen werden müssen Strukturen und Prozesse, die Schüler\*innen und Elternhäuser psychisch und sozial entlasten. Nicht nur die kognitiven Anforderungen der Kernfächer, sondern auch musisch-künstlerische, forschende und sportliche Anforderungen sind jetzt wichtig. Wir unterstützen in diesem Sinne die von Prof. Dr. Hans Brügelmann u.a. eingebrachte Petition an den Bundestag „Güterabwägung in der Krise: Chancen eröffnen für neue Bildungsmöglichkeiten statt zurück zur alten Schule“ (<http://gueterabwaegung-in-der-krise.de>).

- Bei allen zu treffenden Entscheidungen muss die Abmilderung der derzeit sich zuspitzenden **Bildungsbenachteiligung** Maßstab des Handelns sein. Nicht alle brauchen das Gleiche! Die begrenzten Personalressourcen müssen deshalb so eingesetzt werden, dass den Schülerinnen und Schülern differenzierte Angebote von unterschiedlich langen Präsenzphasen bis zum Homeschooling gemacht werden. In diesem Zusammenhang begrüßen wir die Schwerpunktsetzung der Bildungsministerin auf besonders förderbedürftige Gruppen. Dabei darf es allerdings nicht bei der auch aus unserer Sicht sinnvollen Absicht bleiben, Angebote für Deutsch als Zweitsprache zu öffnen.
- **Prüfungen** zum ersten und mittleren Schulabschluss sind **auszusetzen**. Bildungsbenachteiligte Jugendliche sind weitaus schlechter auf die Prüfung vorbereitet als die Abiturienten. Zur Vorbereitung bleibt sehr wenig Zeit, es werden aber sehr viele Personalressourcen gebunden, die für die jetzt wesentliche Aufgabe fehlen, nämlich die pädagogische Betreuung der Schüler\*innen! Berlin und NRW haben es in diesen Tagen vorgemacht. Es geht auch ohne Prüfungen! Für denkbar halten wir Prüfungen auf der Basis der Freiwilligkeit, ohne dass denen, die nicht schreiben, dadurch Nachteile erwachsen.
- **Zeugnisse** entbehren in der bisherigen Form zum Jahresende jeglicher pädagogischen Legitimation. Die GGG plädiert dafür, dass mit Ausnahme von Abgangs- und Abschlusszeugnissen auf Jahreszeugnisse in der bisherigen Form verzichtet wird. Viele Alternativen sind möglich.
- Aus den gleichen Gründen soll auf **Sitzenbleiben** und „**Abschulungen**“ vom Gymnasium in die Gemeinschaftsschulen verzichtet werden. Leistungsdruck und Angst sollten möglichst nie, aber erst recht nicht in der nächsten Zeit den Unterricht und das Leben der Schüler\*innen bestimmen. **Andere** Bundesländer, Mecklenburg-Vorpommern, Hessen und NRW, haben bereits entschieden, dass es anders sein soll. Sie verzichten auf das Sitzenbleiben und auf Entscheidungen zum Schulformwechsel.

#### **Was nicht aus dem Blick geraten darf und nach Bewältigung der Krise erforderlich ist:**

- Schulisches Lernen ist nicht mit digitalem Lernen gleichzusetzen. Die Krise hat allerdings auch gezeigt, dass digitale Medien gerade für Phasen des Homeschoolings sehr hilfreich sein können und dass die damit verbundenen Möglichkeiten nur suboptimal genutzt werden konnten. In diesem komplexen Feld sind neben der technischen Ausstattung u.a. die Kompetenzen der Lehrkräfte und diejenigen der Schülerinnen und Schüler zu verbessern.
- Das Homeschooling in der Corona-Krise hat die Benachteiligung von Schülerinnen und Schülern als Folge ihrer Herkunft in den Fokus gerückt. Darüber ist in den Medien viel berichtet worden. Dass es sich um ein permanentes Problem unseres Schulsystems handelt, ist oft nicht angesprochen worden. Der aktuelle gesellschaftliche Konsens darüber, die jetzt wahrgenommenen sozialen Benachteiligungen abzubauen, muss Anlass über die Corona-Krise hinaus sein, Chancen für neue Bildungsmöglichkeiten zu eröffnen, statt zur alten Schule zurückzukehren. Wir fordern von den politisch Verantwortlichen, die von zahlreichen Bildungsexpertinnen und Bildungsexperten angestoßene Initiative zur Einrichtung eines Bildungsrats für Bildungsgerechtigkeit zu unterstützen und die dafür erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen. Lediglich mit einer Optimierung digital unterstützten Lernens wird die soziale Benachteiligung nicht aufzuheben sein.

Dieter Zielinski  
30.4.2020